

Resolution im Blick auf den zunehmenden Antisemitismus*

Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass in unserem Land und darüber hinaus in unverhohlenen und dreisten Formen antisemitische Äußerungen und jüdenfeindliche Angriffe zunehmen. Die Angriffe auf Juden in Berlin, das Mobben von jüdischen Schülerinnen und Schülern, antisemitische Schmierereien und NS-Symbole auf Grabsteinen und Briefkästen, telefonische Drohungen sowie jüdenfeindliche Kommentare und antisemitische Lieder im Internet und das Delegitimieren des Staates Israel sind gänzlich unerträglich und dies wollen wir nicht hinnehmen.

Wir erinnern als Evangelische Kirche in Hessen und Nassau daran, dass in kirchlicher Lehre und Liturgie über Jahrhunderte hinweg eine antijüdische Haltung verbreitet wurde, die mit zur Durchsetzung des rassistischen Antisemitismus der Neuzeit beigetragen und den Gewaltverbrechen der NS-Diktatur im Holocaust den Boden bereitet hat. An der langen Geschichte des Antijudaismus und Antisemitismus in Europa sind wir als Kirche mitschuldig. Deshalb weisen wir jede Verharmlosung der Verbrechen des Dritten Reiches und eine Infragestellung der Erinnerungskultur in Deutschland zurück.

Wir sind dankbar für die in den letzten Jahren gewachsenen Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden und deren Vertreterinnen und Vertreter. Wir schätzen sehr das gewachsene Vertrauen von jüdischer Seite zu uns als Kirche! Diese Beziehungen wollen wir weiter vertiefen und pflegen. Mit allen unseren Möglichkeiten wollen wir uns gegen das Wiederaufflammen des Antisemitismus stellen!

In der Anerkennung unserer Schuld und unserer Verbundenheit mit den Juden spüren wir als Synodale die grundlegende Verpflichtung, jüdenfeindliche Äußerungen und Handlungen aufzudecken und engagiert gegen sie vorzugehen.

Wir erinnern an die Gründungsversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948, die Antisemitismus als „Sünde wider Gott und die Menschheit“ verurteilt hat.

Wir halten daran fest: Jede Form von Judenfeindschaft ist unvereinbar mit dem christlichen Glauben!

Wir begrüßen die Berufung Antisemitismusbeauftragter durch die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und hoffen, dass dadurch weitere geeignete Möglichkeiten zur Aufdeckung, Bekämpfung und Überwindung antisemitischer Einstellungen und Vorhaben entstehen.

Wir fordern unsere kirchlichen Bildungseinrichtungen und politisch Verantwortliche auf, auf die Zunahme von Antisemitismus mit verstärkten Bildungs- und Präventionsmaßnahmen zu antworten. In den Schulen darf es kein Verdrängen antisemitischer Vorfälle geben.

Wir ermutigen dazu, geeignete Zeichen der Solidarität und der Pflege guter Beziehungen zu jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn zu setzen.

Wir wollen uns vertieft dafür einsetzen, dass die Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft unsere Kirchengemeinden und kirchlichen Häuser als solidarische Orte erfahren, in denen Christinnen und Christen ihnen mit Respekt und Anerkennung begegnen.

** Vorlage des Kirchensynodalvorstandes mit Unterstützung des Zentrums Ökumene und Berücksichtigung der Stellungnahme des Theologischen Ausschusses*